



Die Kinderarmut ist ein gesellschaftlicher Skandal

Studie: 21,6 Prozent der Kinder in Ostdeutschland wachsen in Hartz-IV-Familien auf

Trotz guter Wirtschaftslage wuchsen 2015 bundesweit 14,7 Prozent der Kinder unter 18 Jahren in Familien auf, die Hartz IV beziehen. Im Vergleich zu 2011 ist das ein Anstieg um 0,4 Prozent, so das Ergebnis einer kürzlich veröffentlichten Studie der Bertelsmann Stiftung „Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche“. In Ostdeutschland sank die Quote bis 2015 zwar auf 21,6 Prozent (2011: 24 Prozent), blieb aber auf hohem Niveau. Im Westen stieg sie leicht auf 13,2 Prozent (2011: 12,4 Prozent).

Besonders Kinder mit nur einem Elternteil oder zwei und mehr Geschwistern sind von Armut betroffen: Von allen Heranwachsenden in staatlicher Grundsicherung lebt die Hälfte bei einem alleinerziehenden Elternteil und 36 Prozent leben in Familien mit drei oder mehr Kindern. Für viele Kinder, die Hartz IV beziehen, ist Armut ein Dauerzustand. 57 Prozent der betroffenen jungen Menschen im Alter von sieben bis unter 15 Jahren bezogen drei Jahre und länger staatliche Unterstützung nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II).

In Thüringen wuchsen im vergangenen Jahr mehr als 48.600 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Familien auf, die Grundsicherungsleistungen bezogen. Das waren 3720 Mädchen und Jungen weniger als noch im Jahr 2011. Der Anteil der von Sozialleistungen lebenden Kinder verringerte sich damit um 2,1 Punkte auf 18 Prozent.

Das ist der niedrigste Wert in Ostdeutschland. Allerdings gibt es erhebliche regionale Unterschiede. Besonders hoch ist die Kinderarmut in den Städten, sie betrifft in Gera etwa mehr als jedes vierte Kind. Auch in Erfurt (24,2 Prozent) und in Eisenach (20,3 Prozent) lag der Anteil relativ hoch. Die wenigsten Kinder in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften gab es im Eichsfeld und im Kreis Hildburghausen (jeweils 8,4 Prozent) sowie im Wartburgkreis (8,8 Prozent). Mehr als die Hälfte der Betroffenen in Thüringen (53,6 Prozent) war mehr als drei Jahre auf Grundsicherung angewiesen.

Rückgang in Thüringen durch Einführung des Mindestlohns

„Es ist zwar erfreulich, dass in Thüringen im Vergleich zu anderen ostdeutschen Bundesländern die Kinderarmut zurückgegangen ist, aber der immer noch viel zu hohe Anteil armer Kinder in der gesamten Bundesrepublik ist ein gesellschaftspolitischer Skandal“, kommentierte Karola Stange, Sprecherin für Sozialpolitik der Linksfraktion, die Ergebnisse der Bertelsmann-Studie. „Wir freuen uns über den Rückgang des Anteils der Kinder in Hartz-IV-Familien in Thüringen. Dies ist ein Ergebnis der Einführung des Mindestlohns, den DIE LINKE immer gefordert hat, und der sich bei dem Thüringer Lohnniveau hier stärker ausgewirkt hat als in anderen Ländern. Die Situation in Gera und Erfurt, wo etwa ein Viertel der Kinder nach wie vor unter Ar-

mutsbedingungen aufwächst, macht aber den ungebremsten Handlungsbedarf deutlich. Dies darf eine so reiche Gesellschaft wie die unsere nicht hinnehmen!“

„Perspektivisch brauchen wir eine Kindergrundsicherung“

„Für eines der reichsten Länder der Erde ist es beschämend, dass Kinder und Jugendliche überdurchschnittlich von finanziellen Problemen und Einschränkungen betroffen sind“, kritisierte die Kinderpolitikerin der Linksfraktion, Kati Engel. „Der fehlende politische Wille der Bundesregierung, endlich Maßnahmen gegen Kinderarmut einzuleiten, führt dazu, dass hunderttausende Kinder mit mangelhafter Ernährung, nicht ausreichender Gesundheitsversorgung und schlechteren Bildungschancen aufwachsen müssen. Dies ist ein Verbrechen an den kommenden Generationen! Perspektivisch brauchen wir eine eigenständige Kindergrundsicherung.“

Das Deutsche Kinderhilfswerk forderte ebenfalls Bundesregierung und Bundestag auf, endlich eine umfassende Strategie gegen die Kinderarmut in Deutschland auf den Weg zu bringen. Es sei eine Vielzahl an Reformen insbesondere der Sozialgesetze notwendig. Dabei sollten vor allem die Regelsätze für Kinder und Jugendliche, die frühkindliche Bildung, Bildungsgerechtigkeit in der Schule und die Möglichkeiten des gesunden Aufwachsens im Mittelpunkt der Reformen stehen. ■

KOMMENTIERT:

von Christian Schaft

Studierbarkeit

Thüringer Hochschulen haben im vergangenen Jahr mehr als 2,4 Millionen Euro an Gebühren von Langzeitstudenten eingenommen. 2010 verbuchten die vier Universitäten und fünf Fachhochschulen noch mehr als 2,7 Millionen Euro an Langzeitstudiengebühren. Es ist erfreulich, dass die Zahl der gebührend zahlenden Studierenden zurückgegangen ist. Dies ändert aber nichts am Teufelskreis für die verbliebenen 1.237 Studierenden: Mehr arbeiten, um die Gebühren zu zahlen, dadurch weniger Zeit für das Studium, was wiederum die Studiendauer und die Gebührenlast in die Höhe treibt.

Statt Bestrafung mit Gebühren sollte es vielmehr um eine Studierbarkeitsgarantie des Curriculums im vorgesehenen Zeitrahmen gehen. Bundesweite Untersuchungen haben gezeigt, dass gerade Studierende aus Nicht-Akademiker-Familien überproportional von Langzeitstudiengebühren betroffen sind. Damit wird deren schwierigere Ausgangssituation weiter verschärft, fällt doch in höheren Semestern zusätzlich die Studienfinanzierung über das BAföG weg, sofern dieses überhaupt gezahlt wird. Langzeitstudiengebühren verlängern Studiendauern weiter, animieren im schlimmsten Fall sogar zu Studienabbrüchen kurz vor dem Erreichen des Bildungsziels.

Die LINKE wird sich bei der anstehenden Hochschulgesetzes-Novelle dafür einsetzen, diese kontraproduktiven Instrumente zurückzudrängen. Kostenfreiheit ist ein wesentliches Element sozialer und inklusiver Bildung. Die Studierbarkeitsgarantie, die mittelfristig die restriktive Handhabung der Regelstudienzeit ablösen sollte, basiert auf einer gesteigerten Flexibilität und Individualisierung der Studienabläufe, sodass Studierende gemäß ihrer Lebenssituation das Studium anpassen können. Hier müssen alle Spielräume des Thüringer Hochschulgesetzes zugunsten der Studierenden genutzt werden.

Leider ist noch immer festzustellen, dass an vielen Hochschulen entsprechende Schritte, wie sie auch die Bologna-Empfehlungen von 2012 vorsahen, nicht implementiert wurden. Nun ist es an der Landesregierung zusammen mit den Koalitionsfraktionen, die vielen Anregungen aus dem Hochschuldialog dazu aufzugreifen und den gesetzlichen Rahmen entsprechend anzupassen. ■

AKTUELL

Jahrestag der Landtagswahl: Start zu mehr Demokratie

„Der Jahrestag der Landtagswahl am 14.9.2014, die zu einer rot-rot-grünen Regierung geführt hat, fiel jetzt fast zeitgleich mit dem Internationalen Tag der Demokratie am 15.9. zusammen. Auch wenn diese Nähe dem Zufall geschuldet ist, bedeutet es doch den Ansporn, alle Möglichkeiten zur Stärkung der Demokratie zu nutzen“, so LINKE-Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow. „Ein besonderes Anliegen der Koalition - ausgehend von der langjährigen Bündnismitgliedschaft in ‚Mehr Demokratie‘ - ist der Ausbau der direkten Demokratie und damit der Mitbestimmung der Bürger. Auch angesichts zurückgehender Wahlbeteiligung wird dieses Instrument immer wichtiger. Wahlen sind nur ein Instrument einer demokratischen Gesell-

schaft. Und Rot-Rot-Grün liefert. Die Demokratie in den Kommunen und dem Land wird gestärkt.“

Der Landtag wird demnächst „Mehr Demokratie in Kommunen“ möglich machen. Das neue Gesetz regelt dann Instrumente, mit denen die Einwohner in ihren Lebensorten Politik noch mehr selbst bestimmen können. Mit den neuen Regelungen zu Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid setzt sich Thüringen bundesweit an die Spitze der direkt-demokratischen Entwicklung auf kommunaler Ebene. Um junge Menschen an Wahlen beteiligen zu können, hat Rot-Rot-Grün das Wahlalter auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre abgesenkt. „Wir streben allerdings auch auf Landesebene das Wahlalter 16 an. Das bedarf einer Verfassungsänderung ebenso wie das

Ausweiten direkter Demokratie. Um Volksbegehren attraktiv und erst einmal in nennenswertem Maße möglich zu machen, will DIE LINKE auch das Finanztabu in der Verfassung kippen. Erst dann ist echte Mitbestimmung auch über finanzwirksame Fragen möglich. Dann sind die vorgeschlagenen fakultativen Referenden möglich und werden nicht nur ein Papiertiger in der Verfassung“, sagt Susanne Hennig-Wellsow.

Am 14. September 2014 schaffte die Landtagswahl in Thüringen die Voraussetzungen für die erste rot-rot-grüne Koalition unter der Führung der LINKEN in der Bundesrepublik. Mit dem Koalitionsvertrag „Thüringen gemeinsam voranbringen - demokratisch, sozial, ökologisch“ werden wichtige Projekte auf den Weg gebracht. ■

KURZ UND PRÄGNANT

13 Kilometer lange Menschenkette

Aus Sorge um ihre Arbeitsplätze hatten Mitarbeiter des Bergbaukonzerns K+S am 8. September mit einer 13 Kilometer langen Menschenkette im hessisch-thüringischen Kalirevier demonstriert, mit dabei Familienangehörige, Beschäftigte von Zulieferern und Einwohner der Region. „DIE LINKE steht den Beschäftigten von K+S ebenso solidarisch zur Seite wie den in der Region lebenden Menschen, die sich um den Umweltschutz sorgen. Der von Ministerpräsident Bodo Ramelow geplante Kaligipfel zeigt die hohe Priorität auch für die Landesregierung“, sagte Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow.

DIE LINKE fordert den Vorstand von K+S auf, sich unmissverständlich zum Bergbau in der Werra-Region zu bekennen. Das zunehmende Engagement des Konzerns im Kali-Abbau in Kanada schürt Ängste. „Die Sorgen der Beschäftigten angesichts wochenlanger Kurzarbeit verstehen wir gut. Maßnahmen des Umweltschutzes müssen künftig einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze im Werk Werra leisten. Es ist notwendig, dass Beschäftigte, Betriebsrat, Geschäftsleitung und Gewerkschaften gleichberechtigt an die Lösung der aktuellen Probleme gehen.“ Die Spitzen von K+S müssten nun endlich für einen Dreiklang aus Arbeitsplatzsicherung, Ökonomie und Ökologie sorgen. Neben der öffentlich finanzierten Altlastensanierung für bisher ca. 20 Mio. Euro im Jahr stehe hier die Gewinnung weiterer Rohstoffe aus dem Abwasser im Vordergrund. ■

Mit Journalistin aus dem Team Wallraff

Anlässlich des Welttags für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober lädt die Linkfraktion Gewerkschafter, Betriebsräte, soziale Initiativen und interessierte Menschen mit und ohne Arbeit in den Landtag, Raum F 101 (15 bis 18 Uhr) ein, um die Situation prekärer Beschäftigung zu analysieren und gemeinsam für GUTE ARBEIT in allen Bereichen einzutreten. Gast ist Caro Lobig, die als investigative Journalistin mit dem Team Wallraff prekärer Beschäftigung auf der Spur ist und diese anprangert. So hat sie z.B. selbst drei Monate lang als Lagermitarbeiterin bei Zalando in Erfurt erlebt, wie Menschen für den Erfolg von Zalando überwacht, ausgebeutet und ausgelugt wurden. Ähnliche Untersuchungen betreffen Beschäftigte in der so genannten Spaßindustrie der Freizeitparks, aber auch in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. ■

„Viel über die Herstellung von Lebensmitteln gelernt“

Susanne Hennig-Wellsow hat im Praktikum in Bad Langensalza Bratwürste verpackt

Im August hat Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, in einer Erfurter Kita eine Reihe von Praktika begonnen (der Parlamentsreport berichtete). Am 15. September war sie wieder als Praktikantin unterwegs – diesmal in einem Unternehmen der Ernährungswirtschaft, der FM Fleischmarkt GmbH Aschara in Bad Langensalza.

Den Auftakt bildet ein Gespräch mit Geschäftsführer Ronald Fernschild. Er

Produkte aus. Bei der Leserumfrage der auflagenstärksten Regionalzeitung wurde sie zur „besten Bratwurst Thüringens“ gewählt, nicht zuletzt wegen der geheimen Gewürzmischung aus 26 Gewürzen. Man setze generell auf hohe Qualität, erläutert der Geschäftsführer.

Bevor der anschließende Firmenrundgang beginnen kann, muss Schutzkleidung angelegt werden, blauer Overall, Haarnetz, weiße Gummistiefel. Es gelten strenge Hygienevorschriften. Zuerst Hände waschen und

scharfen Messer geschützt. Danach gilt es, eine Stunde lang rohe Bratwürste zu verpacken. Hier muss von den Beschäftigten ein zusätzlicher Mundschutz getragen werden. Beim Verpacken steht Susanne Hennig-Wellsow mit Florian an der Maschine. Er erklärt ihr den Ablauf. Jetzt geht es los: beide legen in schnellem Takt jeweils fünf Bratwürste in parallele Kunststoffschalen, die anschließend mit einer Folie verklebt werden. Isst man überhaupt selber noch Bratwürste, wenn man sie auf Arbeit verpackt? Florian denkt kurz



freue sich sehr darüber, die Fraktionsvorsitzende hier begrüßen zu können, betont er. Einführend macht er darauf aufmerksam, dass es sich bei der Lebensmittelbranche um den zweitstärksten Wirtschaftsbereich in Thüringen handelt. Das Unternehmen hat derzeit 200 Beschäftigte, davon 65 am Standort Bad Langensalza. Es hält etwa 25.000 Schweine, pro Tag werden in Bad Langensalza 300 Schweinehälften zerlegt. Die Produkte verkauft das Unternehmen zu 20 Prozent in der Region, 80 Prozent bundesweit. Die Bratwurst macht immerhin 40 Prozent der

desinfizieren, danach über eine Desinfektionsbrücke. Ronald Fernschild führt durch die kühlen Räume, erläutert die dort aufgestellten Maschinen und Verarbeitungsschritte, zeigt die verschiedenen Produkte.

Dann startet das eigentliche Praktikum. Zuerst zerlegt Susanne Hennig-Wellsow Schweinefleisch. Ein Knochenjob, der zudem sehr genaues Arbeiten erfordert. Das gelinge ihr gar nicht schlecht, schätzt ein erfahrener Mitarbeiter ein. Mit Kettenschürze und -handschuh, die an Teile einer Ritterrüstung erinnern, ist sie dabei vor dem

nach: „Ja“, sagt er. Und schmunzelt: „Erst hatte ich hier immer Appetit auf Kuchen. Inzwischen esse ich aber wieder Bratwurst.“ Nun werden andere Würste verpackt, sie sind länger und dünner als die vorigen. Florian erklärt: sie sind komplett aus Kalbsfleisch.

Natürlich findet Susanne Hennig-Wellsow auch Gelegenheit für Gespräche mit Beschäftigten. Die kritisieren, dass „Lebensmittel als Wegwerfprodukte“ angesehen werden. Von der Politik fordern sie „mehr Ehrlichkeit“. Es geht bei den Gesprächen um den Mindestlohn, um den Betriebsrat, den die Firma nicht hat, um die Kosten der Krankenversicherung, um die körperlich harte Arbeit. Die geheime Würzmischung der prämierten Bratwürste bleibt aber geheim.

Sie habe heute viel über die Lebensmittelherstellung gelernt, schätzt Susanne Hennig-Wellsow ein. „Die Beschäftigten haben beim Lohn mehr verdient“, sagt sie – doch die Branche steht wirtschaftlich unter massivem Druck. „Die Jagd nach Billigfleisch in den Supermärkten hat negative Auswirkungen auch auf die Unternehmen, die auf hohe Qualität setzen“, so die Abgeordnete weiter. Das Unternehmen unterstütze seine Mitarbeiter über das Normale hinaus, beispielsweise in Gesundheitsfragen oder mit praktischer Hilfe bei persönlichen Schwierigkeiten. Das sei sicher nicht alltäglich und verdiene Anerkennung. Ihr Fazit: „Das war ein gelungenes Praktikum. Es hat mich darin bestärkt, dass unsere Gesellschaft das Gleichgewicht, das den Respekt vor den Lebewesen, die Interessen der Beschäftigten und unser Verbraucherverhalten beinhaltet, besser austarieren muss als bisher.“

Abschmelzung von Ostrenten weiter problematisch

„Die Abschmelzung bei Ostrenten, d.h. die Verrechnung von Rentenerhöhungen, die zur Beibehaltung des bisherigen Rentenbetrags führt, stellt für immer noch knapp 10.000 Rentenbezieher in Thüringen eine unschöne Erfahrung dar. Besonders problematisch wird das Verfahren, wenn es auch bei Betroffenen angewendet wird, die damit unter die Grenze der Grundsicherung, d.h. das gesetzlich anerkannte Existenzminimum, fallen und so noch länger im Sozialleistungsbezug bleiben müssen“, so Karola Stange, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion, die erneut fordert, dass das Rentenrecht nachgebessert werden muss.

Erfreulich sei, dass sich Thüringen auf Bundesebene intensiv um die Probleme bei Ostrenten kümmere. „Es ist zu hoffen dass sich die Landesregierung doch noch mit ihrem Vorschlag auf Einrichtung einer umfassenden Reformarbeitsgruppe durchsetzen wird.“ Die Abgeordnete verweist auf die Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage zu Auffüll- und Abschmelzbeträgen. Im Jahr 2005 waren über 61.000 Rentenbezieher in Thüringen betroffen und Jahr 2010 immer noch über 28.000. „Deutlich wird auch, wie stark die Renten in den ostdeutschen Bundesländern über all die Jahre auf Abstand gehalten wurden und dass dies leider noch immer so ist. Bei der notwendigen Angleichung der Ostrenten an das Westniveau – die nicht nachlassenden Aktivitäten des Sozialministeriums sind hier sehr zu begrüßen – darf es aber nicht dazu kommen, dass Berufstätige gegen Rentenbezieher ausgespielt werden.“ Mit Blick auf die nicht länger hinzunehmende Situation, dass Rentnerinnen und Rentner durch die Abschmelzung weiter unter dem Existenzminimum bleiben, müsse auch bedacht werden, dass nicht wenige Berechtigte sich nicht von Sozialleistungen „abhängig“ machen möchten und auf diese Leistungen verzichten. „Es ist mehr als beschämend, wenn Menschen mit einer wechselvollen und anstrengenden Lebensarbeitsbiographie dann auch noch Grundsicherung beantragen müssen. Man muss von der Rente menschenwürdig und selbstbestimmt leben können“, unterstrich die Abgeordnete. ■

Text und Fotos: Stefan Wogawa ■

Widerstand: „Lieber gar kein Gesetz als dieses“

„Teilhabe mit LINKS“ - Linksfraktion lud zum Fachgespräch zum Bundesteilhabegesetz

Am 12. September waren zahlreiche Betroffenenverbände, Behindertenbeauftragte sowie interessierte Bürger der Einladung der Linksfraktion gefolgt, um im Landtag über den Gesetzesentwurf der Bundesregierung zum Bundesteilhabegesetz zu diskutieren. Ein modernes Teilhabegesetz wurde lange von Behindertenverbänden gefordert. Der nun vorgelegte Gesetzesentwurf soll ab 2017 stufenweise in Kraft treten.

Nach einem lockeren Einstieg begrüßte die behindertenpolitische Sprecherin der Fraktion, Karola Stange, die rund 70 Interessierten im gut gefüllten Konferenzraum. Sie informierte über den aktuellen Stand des Gesetzverfahrens. „Der Gesetzesentwurf wurde dem Bundesrat zugeleitet und wird nun beraten. Gegenwärtig liegen ca. 120 Änderungsanträge der Länder vor, darunter zahlreiche aus Thüringen. Eine Entscheidung des Bundesrates wird am 16. Dezember erwartet“, so die LINKE-Politikerin.

Dem hochgesteckten Ziel der Bundesregierung, durch das neue Gesetz ein modernes Teilhaberecht zu entwickeln, kann die Gesetzesvorlage nach einhelliger Meinung der Interessenvertreter nicht gerecht werden. Über das Bundesteilhabegesetz (BTHG) referierten Joachim Leibiger, Beauftragter der Landesregierung für Menschen mit Behinderungen, und sein Stellvertreter Markus Lorenz sowie Dr. Ilja Seifert, Vorsitzender des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland, und Dirk Nowosatko, Leiter des Fachbereiches Soziales, Jugend und Gesundheit im Landratsamt des Altenburger Landes.

Nach einer kurzen Einführung durch Joachim Leibiger hielt Markus Lorenz einen Vortrag über die positiven und negativen Auswirkungen des Gesetzes

auf die Betroffenen. So lobte er u.a. die Einführung eines Budgets für Arbeit, die Stärkung von Ehrenämtern, die erhöhten Einkommens- und Vermögensfreigrenzen sowie die feste Verankerung von Assistenzleistungen. Befürchtungen hat er in Bezug auf eine Weitergabe und Aufspaltung von Zuständigkeiten bei den entsprechenden Trägern, zu kurze Fristen für aussagekräftige Gutachten und eine Beschränkung des leistungsberechtigten Personenkreises in der Eingliederungshilfe.

Dr. Ilja Seifert sprach über die Aus-

wirkungen des Gesetzesentwurfs aus seiner Sicht als Verbandsvorsitzender. Er erfasste sich vor allem mit dem Aspekt der mangelhaften Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) im BTHG. Die UN-BRK enthalte Menschenrechte, die „niemandem zu gewähren sind“, sondern faktisch bestehen, so Seifert. Der Entwurf sei für ihn ein reines Spargesetz. Daher rufe er alle zum Widerstand gegen dieses Gesetz auf. Sein Schlusssatz „Lieber gar kein Gesetz als dieses“ erhielt lauten Beifall.



wirkungen des Gesetzesentwurfs aus seiner Sicht als Verbandsvorsitzender. Er erfasste sich vor allem mit dem Aspekt der mangelhaften Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) im BTHG. Die UN-BRK enthalte Menschenrechte, die „niemandem zu gewähren sind“, sondern faktisch bestehen, so Seifert. Der Entwurf sei für ihn ein reines Spargesetz. Daher rufe er alle zum Widerstand gegen dieses Gesetz auf. Sein Schlusssatz „Lieber gar kein Gesetz als dieses“ erhielt lauten Beifall.

Dirk Nowosatko sprach zuletzt über die Auswirkungen des Gesetzesentwurfs aus Sicht der Kommunen. Die Erwartungen seien hoch gewesen. Stattdessen bedeute der Gesetzesentwurf

für die Kommunen Mehrkosten u.a. durch eine Ausweitung des leistungsberechtigten Personenkreises und höheren Personalaufwand. Außerdem trete das Gesetz zu kurzfristig in Kraft und es gebe bisher keine entsprechenden Ausführungsgesetze.

In zwei Diskussionsrunden erhielten die Gäste des Fachgesprächs die Möglichkeit zur aktiven Teilnahme. Neben Kritik und Verbesserungsvorschlägen wurde vor allem betont, dass Menschen mit Behinderungen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen dürfen, sondern gemeinsam für mehr Teilhabe kämpfen sollten.

Vor einem Ausklang bei Kaffee, Gebäck und persönlichen Gesprächen hielt Karola Stange das Schlusswort. Sie versprach, sich weiter für das Thema einzusetzen, und rief dazu auf, auch Bundestagsabgeordnete in deren Wahlkreisen anzusprechen. Sie betonte die Kernforderungen Thüringens im Bund für eine Einführung eines Teilhabegeldes und den Verzicht auf die Anrechnung von Einkommen und Vermögen. Karola Stange nach dem Fachgespräch: „Wir hatten eine rege Diskussion und einen interessanten Austausch, welcher unbedingt fortgesetzt werden sollte.“

Nicole Schreiber

VON A BIS Z:

Alphabetisierung

Anlässlich des Weltalphabetisierungstages am 8. September hatte Christian Schaft, Sprecher für Erwachsenenbildung der Linksfraktion, das Engagement des Thüringer Bündnisses für Alphabetisierung und Grundbildung gewürdigt: „Die Volkshochschulen in Thüringen und die Partnerinnen und Partner im Bündnis für Alphabetisierung und Grundbildung sind notwendige Säulen im Bildungsbereich und leisten einen wichtigen Beitrag, um Menschen die gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Die Stärkung der Arbeit im Bündnis für Alphabetisierung ist uns ein wichtiges Ziel bei der bevorstehenden Novellierung des Erwachsenenbildungsgesetzes. Dazu gehört auch, beispielsweise freie Träger der Erwachsenenbildung am Ausbau der Angebotsstruktur zu beteiligen.“ Dies soll in enger Abstimmung mit den Volkshochschulen geschehen, um Doppelstrukturen zu vermeiden.

Mit dem integrativen Anspruch des neuen Erwachsenenbildungsgesetzes werde auch eine Erweiterung der Zielgruppe ermöglicht. Über die aktuelle Beschränkung auf primären, sekundären und funktionalen Analphabetismus hinaus müssten Angebote geschaffen werden, mit denen Geflüchtete unabhängig von Lese- und Schreibkenntnissen in ihrer Muttersprache, lateinisch alphabetisiert werden können. „Das Erlernen der deutschen Sprache kann nicht davon abhängig sein, ob Personen in ihrer Muttersprache bereits alphabetisiert sind oder nicht.“

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen sind anberaumt vom 28. bis 30. September, vom 9. bis 11. November sowie vom 7. bis 9. Dezember.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Tagungen auf der Besuchertribüne im Erfurter Landtag bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Fraktion vor Ort:

Mitglieder der Linksfraktion sind am Mittwoch, den 21. September, in Kahla, Kleinstadt im mittleren Saaletal, vor Ort. Anschließend findet um 19 Uhr eine öffentliche Podiumsdiskussion im Rathausfestsaal statt.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Familien

Das Kabinett hat Sozialministerin Heike Werner (LINKE) am 13. September mit der Ausarbeitung des Landesprogramms „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ (LSZ) beauftragt. Das Programm soll nach einer Pilotphase im Jahr 2017 im Sommer des Jahres 2018 in Kraft treten und die Familienpolitik strukturell und inhaltlich auf eine neue Stufe heben. Die bisher getrennten Förderprogramme für Familien werden unter einem Dach vereint, aufeinander abgestimmt und durch neue Inhalte ergänzt. Die gesamte Förderung wird deutlich stärker aus der Sicht von Familien gestaltet, statt der Logik von Verwaltungen zu folgen. Die Kommunen erhalten eine größere Entscheidungsfreiheit.

Deutschkurse

Wie das Thüringer Migrationsministerium informierte, weitet das Land sein Angebot an Deutschkursen für Flüchtlinge aus. An einem Modellprojekt beteiligen sich 16 Städte und Landkreise. Das Projekt, das vom Land mit zusätzlich rund 500.000 Euro gefördert wird, war Anfang Juni an acht Standorten gestartet worden und die Kurse von Beginn an voll ausgelastet. Zunächst wurde das Landesprogramm „Start Deutsch“ mit fast 93.000 Euro ausgestattet. Nun können 34 Kurse für 510 Teilnehmer finanziert werden, wie die Nachrichtenagentur dpa berichtete. Der Unterricht ist vor allem für Flüchtlinge gedacht, die bislang nur schwer einen oder gar keinen Platz in Integrationskursen bekommen haben.

Kinder

Am 31.12.2015 zählte Thüringen 248.080 Kinder. Nach dem Jugendschutzgesetz sind Kinder Personen, die noch nicht 14 Jahre alt sind. Die Kinder unter 14 Jahren bilden einen Anteil von etwas mehr als elf Prozent an der Gesamtbevölkerung.

Wie das Landesamt für Statistik anlässlich des Weltkindertages am 20. September weiter informiert hatte, ist nach der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen Kind, wer das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Das waren am 31.12.2015 in Thüringen 316.747 Kinder und ein Anteil von fast 14,6 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Im Jahr 2015 wurden in Thüringen 17.934 Kinder geboren, 9.218 Jungs und 8.716 Mädchen.

KURZ UND PRÄGNANT

Freiwilligendienst als Kulturen-Botschafter

Beim Europäischen Freiwilligendienst gehe es vor allem um den Gewinn an Kompetenzen, welchen junge Menschen erreichen können, so MdL Jörg Kubitzki. „Im Hinblick auf den Erwerb von Schlüsselkompetenzen im Bereich von Fremdsprachen, Interkulturalität, Kreativität und sozialen Kompetenzen, aber auch im Bereich Projektmanagement oder im unternehmerischen Bereich, kann der absolvierte Freiwilligendienst für den beruflichen Erfolg der Jugendlichen von großer Bedeutung sein. Außerdem bieten die verschiedenen Organisationen eine breite Palette von Einsatzmöglichkeiten und Einsatzländern an, so dass die Jugendlichen sich nach ihren persönlichen Interessen engagieren können. Besonders wesentlich ist für mich aber, dass der Europäische Freiwilligendienst kostenlos ist, also auch sozial benachteiligten Jugendlichen weit offen steht. Gerade in der jetzigen Zeit ist es wichtig, dass Europa näher zusammenrückt. Der europäische Freiwilligendienst hilft den Jugendlichen, wichtige Erfahrungen zu erlangen, vor allem im Verständnis anderer Kulturen. Diese Erfahrungen können sie in ihren Heimatländern weitergeben und als Multiplikatoren wirken. So füllen sie den Gründungsgedanken der Europäischen Union von einem friedlichen, vereinten und grenzenlosem Europa mit Leben.“ ■

Hilfsprogramm für die Thüringer Milchbauern

Die Landesregierung hat ein eigenes Hilfsprogramm zusammengestellt, um die Thüringer Milchbauern in der Krise zu unterstützen. „Die landwirtschaftlichen Betriebe sind durch den Preisverfall bei der Milch finanziell stark unter Druck geraten. Wir bieten jetzt ein Set von Hilfsmaßnahmen an, mit dem die Betriebe ihre Liquidität sichern können. Thüringen kann nur begleitende Maßnahmen ermöglichen. Die Ursachen der Krise lösen wir damit nicht“, sagte Landwirtschaftsministerin Birgit Keller (LINKE). Das Ministerium habe sich bei dem Hilfsprogramm ganz bewusst auf die Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Landwirte konzentriert. Denn direkte Zahlungen an die Betriebe über Landesprogramme seien beihilferechtlich nicht möglich. Die wichtigste Maßnahme ist das Bürgschaftsprogramm. Der Bürgschaftsrahmen wird zugunsten der Land- und Forstwirtschaft von 5 Millionen Euro auf 50 Millionen Euro jeweils für die Jahre 2016 und 2017 erhöht, damit soll die Bereitschaft der Banken zur Bewilligung von Krediten verstärkt werden. ■

Sehr differenzierte Finanzlage der Kommunen

Es gibt kaum eine Kommune ohne angespannte oder sogar katastrophale Finanzlage. Die Schuld wird meist dem Land zugewiesen, weil angeblich die Zuweisungen reduziert wurden. Diese Behauptung lässt sich aber nicht belegen. Die Finanzlage der Thüringer Kommunen ist sehr differenziert und das trotz jährlicher Hilfspakete.

Rund 80 Thüringer Kommunen hatten 2015 keinen beschlossenen Haushalt, 125 mussten Haushaltssicherungskonzepte beschließen. Rund 200 Kommunen haben keine Rücklagen mehr. Andererseits haben rund 60 Gemeinden so hohe Steuereinnahmen, dass sie keine allgemeinen Landeszuweisungen erhalten. Diese differenzierte Entwicklung begründet erneut die Notwendigkeit der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform.

Thüringer Kommunen erwirtschaften Überschüsse

Die 17 Landkreise, sechs kreisfreien Städte und 843 kreisangehörigen Gemeinden Thüringens haben 2015 rund 5,26 Milliarden Euro eingenommen und 5,05 Milliarden Euro ausgegeben. Der Einnahmeüberschuss beträgt somit 210 Millionen Euro (vier Prozent).

Diese Einnahmen und Ausgaben beinhalten jedoch nicht die besonderen Finanzierungsvorgänge, wie Schuldenaufnahme oder Schuldentilgung. Den 164 Millionen Euro neue Schuldenaufnahme stehen 262 Millionen Euro Schuldentilgung gegenüber.

Der Schuldenstand in den kommunalen Kernhaushalten reduzierte sich auf 1,984 Milliarden Euro. Dies sind 921 Euro pro Einwohner (2013 waren es noch 1.034 Euro pro Einwohner).

Kommunale Steuerquote bei nur rund 25 Prozent

Seit 2013 bis 2015 erhöhten sich die kommunalen Steuereinnahmen um 132 Millionen Euro auf 1,48 Milliarden Euro. Nur rund 27 Prozent der kommunalen Einnahmen sind eigene Einnahmen aus Steuern, wobei diese Quote noch geschönt ist, weil die Kreisumlage, die die kreisangehörigen Gemeinden an die Landkreise zahlen müssen, bei den Kreisen als Steuereinnahmen zählen.

Rechnet man die Kreisumlagen heraus, liegt die kommunale Steuerdeckungsquote bei unter 25 Prozent und damit weit unter den Quoten in den alten Flächenbundesländern (hier rund 40 Prozent). Pro Einwohner vereinnahmten 2015 die Thüringer Gemeinden 674 Euro (2013 waren es 614 Euro pro Einwohner). Die höchsten Steuereinnahmen pro Einwohner erzielten 2015 die Stadt Jena (1.030 Euro je Einwohner), die Stadt Erfurt mit 876 Euro und die Stadt Eisenach mit 777 Euro. Die Gemeinden im Ilm-Kreis haben Steuereinnahmen von 729 Euro

je Einwohner, im Wartburgkreis 726 Euro und im Weimarer Land 694 Euro. Die Gemeinden im Landkreis Hildburghausen haben mit 539 Euro pro Einwohner die geringsten Steuereinnahmen, gefolgt vom Altenburger Land mit 545 Euro und Kyffhäuserkreis mit 547 Euro.

Das Land zahlte 2015 insgesamt 1,98 Milliarden Euro an die Kommunen. Darin sind auch alle investiven Zuweisungen enthalten. Somit machen die Landeszuweisungen rund 38 Prozent der Gesamteinnahmen der Kommunen aus. Die Zuweisungen des Lan-

des liegen damit weit über den eigenen Steuereinnahmen. 2014 betrug die Landeszuweisungen 1,986 Milliarden Euro, 2013 rund 1,97 Milliarden. Die Zahlen bestätigen, dass keinesfalls die Landeszuweisungen gekürzt wurden, obwohl zugleich die Steuereinnahmen der Gemeinden stiegen.

Gewerbsteuer 396 v.H. Die Grundsteuer belastet die Betriebskosten des Wohnens mit ca. vier Prozent, d.h. 96 Prozent der Wohnkosten werden durch andere Kostenarten beeinflusst. Dass nahezu 90 Prozent der Thüringer Gemeinden bei der Gewerbesteuer noch Hebesätze unter 400 v.H. haben, ist völlig unverständlich und entlastet die steuerpflichtigen Unternehmen nicht einmal. Bis zu einem Hebesatz von 400,5 v.H. können Einzelunternehmen ihre Gewerbesteuer vollständig mit der veranlagten Einkommensteuer verrechnen.

Kapitalgesellschaften wurden in der jüngsten Vergangenheit steuerrechtlich so stark entlastet (Absenkung Steuersätze bei der Körperschafts- und Gewerbesteuer), dass erst bei einem Hebesatz von 859 v.H. eine Mehrbelastung entstehen würde. Nur 15 Prozent der Thüringer Unternehmen zahlen überhaupt derzeit Gewerbesteuer. 85 Prozent der Unternehmen zahlen diese Steuer nicht.

Personalausgaben auf hohem Niveau

Neben den Steuern und den Landeszuweisungen finanzieren sich die Kommunen aus Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb. Dazu gehören Gebühren, Entgelte, Beiträge, Auslagen, Mieteinnahmen und Verkaufserlöse.

Diese betragen 2015 rund 662 Millionen Euro (rund 12,6 Prozent der Gesamteinnahmen). Zudem haben die Thüringer Kommunen im Jahr 2015 Vermögenswerte in Höhe von 85 Millionen Euro veräußert.

Mit 1,46 Milliarden Euro sind die Personalausgaben weiterhin auf hohem Niveau (33 Prozent der laufenden Ausgaben). 2015 hatten die Kommunen 37.620 Beschäftigte (davon 15.135 in Teilzeit) und damit 505 weniger als 2013. Die höchsten Personalausgaben 2015 pro Einwohner hatte die Stadt Erfurt (794 Euro je Einwohner), gefolgt vom Landkreis Greiz (775 Euro) und dem Altenburger Land (737 Euro). Die geringsten Personalausgaben hatte die Stadt Eisenach mit 517 Euro pro Einwohner.

Investitionen der Kommunen sinken weiter

2015 haben die Thüringer Kommunen 532 Millionen Euro investiert, davon 440 Millionen in Baumaßnahmen. 2013 waren es noch 597 Millionen.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu-Institut) hat den notwendigen jährlichen Investitionsbedarf der Thüringer Kommunen auf 1,5 Milliarden Euro beziffert. Derzeit investieren die Thüringer Kommunen somit nur rund ein Drittel der notwendigen Mittel. In der Folge entsteht ein neuer Investitionsstau.

Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE ■



des liegen damit weit über den eigenen Steuereinnahmen. 2014 betrug die Landeszuweisungen 1,986 Milliarden Euro, 2013 rund 1,97 Milliarden. Die Zahlen bestätigen, dass keinesfalls die Landeszuweisungen gekürzt wurden, obwohl zugleich die Steuereinnahmen der Gemeinden stiegen.

Gewerbsteuer ist wichtigste Steuereinnahme

2015 haben die Thüringer Gemeinden fast 600 Millionen Euro an Gewerbesteuer (netto, also abzüglich der Gewerbesteuerumlage) vereinnahmt. Damit ist die Gewerbesteuer mit rund 40 Prozent die wichtigste Steuereinnahme. Der kommunale Anteil an der Einkommensteuer betrug 2015 rund 534 Millionen Euro (36 Prozent der Gesamtsteuereinnahmen). Die Grundsteuereinnahmen betragen im gleichen Zeitraum 233 Millionen Euro (rund 16 Prozent der Gesamtsteuereinnahmen). 2015 betrug der durchschnittliche Hebesatz bei der Grundsteuer 421 v.H. (von Hundert), bei der

DAS THEMA

Wofür die Jugendpolitik von Rot-Rot-Grün steht

Am 8. September öffnete der Landtag seine Pforten für eine gemeinsame Veranstaltung der Koalitionsfraktionen, die sich unter dem Titel „Fokus Jugendpolitik“ den Bedürfnissen und Belangen junger Menschen zuwandte. Trotz der bereits hohen Anmeldequote im Vorhinein musste die Zahl der Gäste am Tage der Veranstaltung sogar noch nach oben korrigiert werden. So kamen etliche Besucher spontan hinzu, eine ganze Menge Jungendlicher und junger Erwachsener, die die Räume des Landtags mit Meinungen und Ideen fluteten.

Neben den Vertreterinnen und Vertretern aus Jugendverbänden und Jugendhilfeausschüssen waren Verantwortliche aus den Thüringer Ministerien und Vertreter der politischen Parteien und ihrer Jugendverbände zu erleben. Besonders engagiert beteiligten sich auch die Landesschülervertretung sowie gewerkschaftliche Jugendvertreter an den Workshops und der abschließenden Podiumsdiskussion der Fachtagung.

Eingeleitet wurde das abwechslungsreiche Programm durch ein Grußwort der Bildungsministerin Dr. Birgit Klaubert, für die Fraktionen von Rot-Rot-Grün sprach zunächst Astrid Rothe-Beinlich von den Grünen. Anschließend moderierte Landesjugendring-Geschäftsführer Björn Uhrig ein Speed-Podium, mit den drei Koalitionsvertreterinnen Susanne Hennig-Well-sow (LINKE-Fraktion), Diana Lehmann (SPD-Fraktion) und Astrid Rothe-Beinlich (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen). Überschrift; Wofür steht die Jugendpolitik von r2g (Rot-Rot-Grün) in Thüringen?

Erfrischend offen wurden die Fragen gestellt und kamen die Antworten zu den Kerninhalten rot-rot-grüner Jugendpolitik: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen voranbringen, die Angebote der Jugendarbeit verstetigen

Mitreden, teilhaben, sich einmischen

Der Riesenandrang zur Fachtagung „Fokus Jugendpolitik“ war eigentlich nicht verwunderlich, denn schließlich ist es das erklärte Ziel von Rot-Rot-Grün, die Belange junger Menschen in Thüringen, ihre Ideen und Interessen stärker in den Fokus der politischen Aufmerksamkeit zu rücken. Dabei werden die Vorhaben im Dialog mit den Jugendlichen selbst und den jugendpolitischen Akteuren entwickelt.

„Jugendliche wollen mitreden, teilhaben, sich einmischen“, betonte denn auch die Thüringer Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, Dr. Birgit Klaubert, in ihrem Grußwort an die Tagung.

Mit Verweis auf den Koalitionsvertrag und die darin festgelegten jugendpolitischen Ziele berichtete sie über das bereits Erreichte im Sinne einer besseren Zusammenarbeit der Akteure und einer Stärkung der Strategien und Strukturen. Entsprechend seien auch die Mittel für die örtliche Jugendförde-

Großer Andrang zur Fachtagung der Koalitionsfraktionen „Fokus Jugendpolitik“

und ausbauen, die Integration der hinzugekommenen Kinder und Jugendlichen noch besser bewerkstelligen. Und natürlich das Azubi-Ticket umsetzen. Nach dieser schnellen Gesprächsrunde skizzierte Prof. Werner Lindner von der Ernst-Abbe-Hochschule Jena die Anforderungen an eine eigenständige Jugendpolitik aus wissenschaftlicher Sicht.

Fazit seines Vortrags: nicht auf viele Bekundungen kommt es an, sondern auf die tatsächlich erlebbare Mitbestimmung im Alltag, und hierfür gibt es nahezu unendlich viele Möglichkeiten.

Die vier angebotenen Workshops setzten sich mit dem Übergang von der Schule in die Ausbildung, mit den aktuellen Aufgaben der Jugend- und Jugendverbandsarbeit, mit der Umsetzung der Beteiligung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen sowie der Gestaltung kultureller Vielfalt auseinander.

Die von Diana Lehmann moderierte Abschlussdiskussion rundete die Veranstaltung ab und brachte die zentralen Forderungen, Wünsche und Fragestellungen aus den Workshops noch einmal zusammen.

Fazit: eine von großer Offenheit und Engagement getragene Tagung, die eine lange erwartete gemeinsame Gesprächsebene schuf und in den Workshops zu konkreten Ergebnissen führte, die sowohl in der weiteren politischen Arbeit der Koalition als auch bei den Akteuren in Jugendverbänden und Verwaltungen aufgegriffen werden.

Ein Stück demokratische Kultur, die weiterbringt.

Enrico Neumann/Steffen Kachel
Fotos: P. Lahn/A. Rudolph



rung in Thüringen auf 12 Millionen Euro pro Jahr erhöht worden, denn „hier sind die Orte der Beteiligung und des Erlebens der Demokratie“, so die Ministerin. Dabei gehe es insbesondere um die Unterstützung der Jugendverbandsarbeit.

Mit der Fortschreibung des Landesjugendförderplans für die Jahre 2017 bis 2021 werden jetzt die notwendigen Schwerpunkte gesetzt. Birgit Klaubert nannte u.a. die Förderung von Projekten der Partizipation. Bereits seit dem vorigen Jahr werden übrigens gute Erfahrungen mit Jugendforen in den Regionen gemacht. Dazu gehören aber auch die zum Teil schon seit längerem etablierten Jugendparlamente in Städten und Gemeinden.

Die Ministerin unterstrich das Hauptanliegen, es gehe „um tatsächliche Beteiligungskompetenz für Jugendstrukturen vor Ort“.

Zur Fokus-Veranstaltung kamen vor allem in der Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit und Jugendhilfe Engagierte, die auch in den Workshops leidenschaftlich diskutierten.

Übrigens konnte die Tagung unter dem Hashtag #FokusJugend in den sozialen Netzwerken verfolgt werden und durch die Übertragung per Beamer vor Ort waren die Gäste auch hier live dabei.

Sehr zu empfehlen ist das Video, das über die Tagung entstanden ist. Kurz und dynamisch fasst es die Eindrücke zusammen.

www.youtube.com/user/spdthlde



Mehr Schatten als Licht

Katharina König zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Störerhaftung

Der Gerichtshof der Europäischen Union verkündete am 15. September sein lange erwartetes Urteil zur so genannten Störerhaftung beim Betreiben offener WLANs. Er entschied, dass Betreiber offener WLANs zwar nicht dafür haften, wenn Dritte darüber Rechtsverletzungen begehen. Die Betreiber können aber dazu verpflichtet werden, ihre offenen WLANs mit einem Passwort zu schützen. Dazu erklärt die Netzpolitikerin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Katharina König:

„Einerseits ergibt sich aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs ganz klar, dass die in Deutschland geltende zivilrechtliche Mithaftung eines Anbieters offener WiFi-Netze für über diese Infrastruktur begangene Urheberrechtsverletzung nicht dem europäischen Recht entspricht. Das ist zunächst eine wichtige und gute Nachricht. Doch andererseits bietet das Urteil auch das Werkzeug dazu, jedes offene Netz, über das einmal das Urheberrecht verletzt wurde, zu schließen. Das ist fatal.“

Zwar habe das Gericht geurteilt, dass ein Anbieter offener Netze nicht für Dritte haften muss, die seine Netze benutzen. Gleichzeitig sei es jedoch mit europäischem Recht vereinbar, wenn innerstaatliche Behörden oder Gerichte ein Schließen der offenen Netze anordnen, um weiteren Urheberrechtsverletzungen vorzubeugen.

Die Bedeutung offener Netze

Katharina König weiter: „Der Gerichtshof hält eine Schließung des offenen Netzwerkes durch ein Passwort für einen angemessenen Ausgleich zwischen Urheberrecht, der unternehmerischen Freiheit und dem Grundrecht auf Informationsfreiheit. Damit lässt er verschiedene Aspekte offenbar außer Acht, etwa die Bedeutung, die offene Netze für die Allgemeinheit haben.“

Vor allem sei ein durch Passwort geschlossenes Netz für einen diskriminierungsfreien Zugriff auf das Internet nicht mehr geeignet. Vielmehr führe die vom Gericht geforderte Identifikationspflicht dazu, „Personen von der Nutzung der Netze auszuschließen, auch wenn sie sich gesetzeskonform

verhalten. Das Urteil schränkt so auch das Recht auf anonyme Kommunikation weiter ein“, gibt die Abgeordnete zu bedenken.

„Viele Fragen bleiben auch nach dem Urteil völlig offen. So zum Beispiel, wie eine solche Identifikationspflicht ausgestaltet werden soll, ohne mit dem Datenschutz in Konflikt zu geraten und trotzdem rechtssicher zu sein. Ob dieses Urteil eins zu eins für nicht gewerbeltreibende Privatpersonen gilt oder hier noch andere Regelungen greifen, ist unklar. Aber letztlich hat das Gericht festgelegt, dass der Anbieter des offenen Netzes doch für die von einem Dritten begangene Tat haftet, denn ihm wird ohne eigenes Verschulden die – in dem vorliegenden Fall auch als Werbemittel eingesetzte – Möglichkeit genommen, einen Mehrwert für andere Menschen zu bieten. Das Gericht lässt noch einen geringen Spielraum für die rechtliche Gestaltung in den offenen Fragen. Hierbei muss auch in Deutschland, trotz der letzten Veränderungen, weiterhin nachgebessert werden“, fordert Katharina König. ■

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

Thomas aus Mühlhausen

Facebook ist ein soziales Netzwerk, jeder Benutzer verfügt über eine Profilseite, auf der er sich vorstellen sowie Fotos und Videos hochladen kann, wobei Besucher öffentlich sichtbare Nachrichten hinterlassen oder Kommentare zu eigenen Beiträgen des Profil-Inhabers veröffentlichen (Wikipedia). Facebook-Inhalte der LINKEN Thüringen und der Landtagsfraktion stehen natürlich in der öffentlichen Debatte, mitunter brauchen ihre Moderatoren gute Nerven.

Ein Besucher, der tagelang besonders eifrig kommentierte, war Thomas S. aus Mühlhausen. Immer wieder vorwurfsvoll, unterstellend, schlecht informiert, vorurteilsbeladen. So sorgte er sich um die „freiheitlich demokratische Grundordnung“. Denn: „Diese ersetzen zu wollen durch ein anderes Gesellschaftssystem wäre grundverkehrt. Leider habt ihr das Kind in eurem Programm ja nicht beim Namen genannt, gemeint könnt ihr aber nur den Kommunismus haben.“ Da hat Thomas allerdings nicht aufgepasst. Das Ziel ist ausdrücklich benannt: der demokratische Sozialismus. Dann wurde Thomas aus Mühlhausen eklig: „wir sind eines der reichsten Länder der Welt mit einem der höchsten Lebensstandards“ (Fehler im Original). Das „Hartz IV-Niveau“ werde nicht unterschritten, so seine Behauptung (von „Sanktionen“ hat er nie gehört). „Und dies reicht aus den Kindern ausreichend Essen zu geben. Aber leider bekommen das viele betroffene Eltern nicht hin.“

Das sieht der Paritätische Wohlfahrtsverband anders, er fordert, die Hartz-IV-Sätze zu erhöhen. Aber für Thomas aus Mühlhausen sind Arme selbst schuld an ihrer Situation. Wenn er dann darauf hingewiesen wird, dass es sich nicht gehört, mit „dummen Phrasen“ einzuzureden, jammert er – und beurt sich auf Rosa Luxemburg... ■

Drei Viertel sind in der Tagesbetreuung

Am 1.3.2016 besuchten 92.342 Kinder in Thüringen im Alter von unter 14 Jahren eine der 1.315 Kindertageseinrichtungen oder wurden von den 347 Tagesmüttern und -vätern betreut. Wie das Landesamt für Statistik mitteilte, waren das 1.674 Kinder bzw. 1,8 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. 31,1 Prozent der Kinder waren unter drei Jahre alt, das sind 4,8 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Rund 57 Prozent befanden sich im Alter von 3 bis unter 6 Jahren, 2,3 Prozent mehr. In der Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen wurde eine Betreuungsquote von 95,6 Prozent verzeichnet, bei den unter 3-Jährigen von 52,2 Prozent. Im regionalen Vergleich wiesen die Stadt Weimar (78,3 Prozent) und der Landkreis Sömmerda (77,4 Prozent) die höchsten Betreuungsquoten der Kinder im Alter unter 6 Jahren auf, während die niedrigste mit 65,4 Prozent in der Stadt Suhl ermittelt wurde.

Am 1.3.2016 waren 17.016 Personen in den Thüringer Kindertageseinrichtungen tätig und damit 1,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Großteil, 14.601 Personen bzw. 85,8 Prozent, war im pädagogischen, Leitungs- und Verwaltungsbereich beschäftigt. Zum Vorjahresstichtag ist dies ein Zuwachs um 234 Personen (1,6 Prozent). Auch die Zahl der in diesem Bereich tätigen Männer nahm erneut zu und hat sich gegenüber dem 1.3.2009 mehr als verdreifacht (von 177 auf 609 Personen).

Im pädagogischen, Leitungs- und Verwaltungsbereich wurden rechnerisch 13.204 Vollzeitstellen ermittelt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt stieg diese Zahl um 1,5 Prozent. ■

Berufsschüler besuchten Landtag



Eine Schülergruppe des Berufsbildungszentrums Schmalkalden empfing der Landtagsabgeordnete Ronald Hande zur Landtagssitzung am 2. September in Erfurt. Die Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren konnten auf der Besuchertribüne im Plenarsaal Platz nehmen und parlamentarische Arbeit hautnah erleben.

Zuvor erklärte Ronald Hande in einem persönlichen Gespräch seinen Gästen, wie das Parlament funktioniert und beantwortete Fragen zu aktuellen politischen Themen. „Es ist wichtig, junge Menschen an die Politik heranzuführen. Unser Parlament ist sehr transparent und bietet dafür die idealen Voraussetzungen. Es freut mich, dass die Lehrer gemeinsam mit ihren Schülern großes Interesse haben und sich vor Ort ein Bild machen“, so der LINKE-Abgeordnete. Die Lehrer des Berufsbildungszentrums waren vom Besuch des Thüringer Landtags und der parlamentarischen

Arbeit dort sehr beeindruckt. Sie planen für nächstes Jahr wieder einen Besuch mit einer anderen Berufsschulklasse.

Wahlkreismitarbeiterin Ilona Schaft ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.